

**Berlin, 6. November 2024**

[Informationen und Meldungen, die Euch interessieren und Eure Meinungsbildung unterstützen können](#)

Liebe pax christi-Aktive,

anbei leiten wir Euch folgende Informationen und Meldungen weiter:

1. pax christi: Geplante Antisemitismus-Resolution des Bundestags ist schädlich
2. Resolution zum Schutz jüdischen Lebens: Zivilgesellschaft fordert öffentliche Debatte
3. Demonstration: Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht! Überall!
4. IMI-Kongress 2024: Zeitenwende in Bildung und Hochschule
5. Petition: Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!

Herzliche Grüße

Esther Mydla

Generalsekretärin

pax christi – Deutsche Sektion e.V.

Feldstraße 4

13355 Berlin

Tel: 030 200767815

[www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)

## 1. pax christi

### **Geplante Antisemitismus-Resolution des Bundestags ist schädlich**

#### **pax christi befürchtet durch sie Einschränkung von Grund- und Menschenrechten**

Am 9. November 2024 will der Deutsche Bundestag den Entschließungsantrag „Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ verabschieden.

„Wir begrüßen ausdrücklich das Ziel, Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit auf den Weg zu bringen“, so Dr. Manfred Budzinski für die Nahost-Kommission der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi –Deutsche Sektion. „In seiner jetzigen Form verfehlt der Entschließungsantrag jedoch dieses Ziel und lässt darüber hinaus schwerwiegende Verletzungen von Grund- und Menschenrechten und eine erhebliche Rechtsunsicherheit befürchten. Die Vermengung des Schutzes jüdischen Lebens in Deutschland mit außenpolitischen Positionierungen zur Lage in Israel/Palästina ist zudem hochproblematisch und für die Bekämpfung des Antisemitismus aus unserer Sicht sogar höchst schädlich.“

Der jetzt vorliegende Entwurf wird vielfach von Organisationen aus dem Bereich von Wissenschaft, Kultur und Bildung, von Menschenrechtsorganisationen, aber auch von jüdischen Intellektuellen und israelischen Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert.

Budzinski weiter: „Die Kritik richtet sich im Kern gegen die Zugrundelegung einer sehr weitreichenden und unbestimmten Definition von Antisemitismus als Maßstab für äußerst grundrechtsintensive Maßnahmen wie Straf- oder Asylrechtsverschärfungen, staatliche Fördermittelvergabe oder Exmatrikulationen.“

Unklar bleibt, wie sichergestellt werden soll, dass keine grundgesetzlich von der Meinungsäußerungsfreiheit geschützten Aussagen unter diese Definition von Antisemitismus subsumiert und entsprechend sanktioniert werden.

Da die sogenannte IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus zudem einen Schwerpunkt auf israelbezogenen Antisemitismus legt, steht zu befürchten, dass hiermit eine Kritik an israelischen Regierungshandeln unterbunden werden soll.

Inzwischen haben zudem rechtlich versierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler alternative Formulierungsvorschläge erarbeitet (<https://www.faz.net/einspruch/nachrichten/vorschlag-zur-bundestagsresolution-gegen-antisemitismus-110063906.html>)

Die Nahost-Kommission fordert: „Aufgrund der verfassungs- und menschenrechtlichen Bedenken appellieren wir an die Abgeordneten im Deutschen Bundestag und fordern sie dringend dazu auf, dem Entwurf in der jetzigen Form nicht zuzustimmen. Greifen Sie die alternativen Formulierungsvorschläge auf und laden Sie zu einer breiten öffentlichen Debatte ein. Sie tut not.“

Siehe auch: [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)

## 2. Resolution zum Schutz jüdischen Lebens

### Zivilgesellschaft fordert öffentliche Debatte

#### **Alternative Formulierungsvorschläge zu einer Resolution zum Schutz jüdischen Lebens stoßen auf breite Unterstützung**

Prominente Stimmen aus der Zivilgesellschaft sowie eine große Breite an zivilgesellschaftliche Organisationen, Fachverbände und Vertreter:innen aus Kunst und Wissenschaft unterstützen die angestoßene öffentliche Diskussion durch die kürzlich in der FAZ veröffentlichten Alternativvorschläge für eine Resolution zum Schutz jüdischen Lebens. Laut Medienberichten plant der Deutsche Bundestag zeitnah die Verabschiedung einer Resolution zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. Die bisher an die Öffentlichkeit gedruckenen Informationen zu Verfahren und Inhalten stießen auf vehemente Kritik. In den vergangenen Monaten hat die Zivilgesellschaft wiederholt auf Transparenz zu diesem Thema gedrungen, Gesprächsangebote, die an die Politik herangetragen wurden, wurden allerdings ignoriert. In dieser Situation legte nun eine Gruppe von Wissenschaftler:innen, darunter Ralf Michaels, Jerzy Montag, Armin Nassehi, Andreas Paulus, Miriam Rürup und Paula-I. Villa Braslavsky, am 23. Oktober 2024 in der FAZ Formulierungsvorschläge<sup>[1]</sup> sowie eine Einordnung vor. Dieser Vorschlag bietet nun eine neue Grundlage für eine öffentliche Debatte.

Verschiedene prominente Stimmen begrüßen die vorgeschlagenen Formulierungen und bekräftigen ihren Wunsch nach einer offenen Debatte über die geplante Resolution, die bereits an anderen Stellen gefordert wurde:

Wir setzen uns hiermit dafür ein, dass diese Formulierungsvorschläge aufbauend auf weiteren öffentlichen Debatten anstelle des bisherigen Resolutionsentwurfs in die Diskussion einbezogen werden.

Die Erstunterzeichner:innen erklären die Bedeutung dieser alternativen Ansätze wie folgt:

Die formulierten Vorschläge erscheinen uns als wertvoller Ausgangspunkt für die wichtige Debatte darüber, wie Staat und Zivilgesellschaft jüdisches Leben in Gänze und im Rahmen des Rechts schützen können, ohne Minderheiten gegeneinander auszuspielen, indem sie:

- die Menschenwürde aller Menschen anerkennen, diskriminierte Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander ausspielen und damit einen realen Minderheitenschutz zulassen,

- Diskriminierungsstrukturen in ihren intersektionalen Verflechtungen in den Blick nehmen und ihnen entgegensteuern,
- auf Eigenverantwortung und Mitgestaltung setzen,
- grundgesetzkonform sind,
- statt auf unsichere Definitionen auf konkrete Handlungen (Sensibilisierung, Förderung, Bildung, Reform des AGG, etc.) setzen,
- ein breites Bewusstsein für die Notwendigkeit politischer Bildung und Strukturarbeit
- schaffen

und damit nachhaltig jüdisches Leben ebenso wie das anderer marginalisierter Gruppen schützen.

**Zu den Erstunterzeichner:innen gehören unter anderem folgende Akteur:innen:**

Dany Cohn-Bendit, Publizist und Politiker

Prof. Dr. Susanne Baer, HU Berlin, Richterin des Bundesverfassungsgerichts a.D.

Josef Vogl

Vassilis Tsianos, Vorstandsvorsitzender des Rates für Migration

Tilo Jung, Chefredakteur, Jung & Naiv

Barbara Guggenheim, Jüdischer Salon am Grindel e.V.

Wolfgang Tillmans, Künstler

Sabine Hark, TU Berlin

Carola Lentz, Seniorforschungsprofessorin, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Eva von Redecker, Philosophin, Berlin

Barbara Unmüssig, Ex Vorstand Heinrich Böll Stiftung

Naika Foroutan, Humboldt Universität

Wolfgang Kaleck, Rechtsanwalt und Generalsekretär des ECCHR

Kai Ambos, Uni Göttingen

Florian Malzacher, Kurator & Autor

Geraldine Hepp, Karneval der Kulturen

Amelie Deuffhard, Kampnagel

Susan Neiman, Einstein Forum

Prof. Michael Rothberg, UCLA

Christoph Menke, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Déborah Brosteaux, Marc Bloch Zentrum

Eva Menasse, Schriftstellerin

Barbara Stollberg-Rilinger, Wissenschaftskolleg

Sowie Organisationen wie beispielsweise: Amnesty International Deutschland, European Media Art Festival, Forum Ziviler Friedensdienst e.V., medico international, der Migrationsrat Berlin, Oxfam Deutschland, pax christi – Deutsche Sektion, Weltfriedensdienst e.V., das Wissenschaftskolleg Berlin oder der Vorstand der FG Geschlechterstudien / Gender Studies.

**Die gesamte Liste aller Unterstützer:innen findet sich hier:**

<https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLScyErqrcDRzrZ1EPuk6iX9x10g8JrwishN2rlnAhRyYZQwPg/viewform>

Siehe auch: [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)

### 3. Demonstration

**Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht! Überall!**

**Demonstration zum Bundesamt für Migration in Nürnberg im Rahmen des Internationalen Tags der Menschenrechte**

**Sa., 14. Dezember 2024, ab 13 Uhr in 90402 Nürnberg, Kornmarkt**

Mehr als zweieinhalb Jahre nach dem Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen Ukraine wird russischen Verweigernden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach wie vor in der Regel kein Asyl gewährt. Es sei nicht „beachtlich wahrscheinlich“, dass sie für den Krieg einberufen werden. Dabei sind es Menschen, die sich gegen eine Teilnahme an dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg

entschieden haben. Ihnen droht nun eine Abschiebung nach Russland, ein Skandal. Dort erwartet sie oft Einberufung, Gefängnis und Folter. Das Gleiche gilt für Menschen aus Belarus, die vor Diktatur und drohendem Kriegseintritt von Belarus geflohen sind. Und auch Geflüchtete aus der Ukraine sind nicht (mehr) sicher: Es gibt Stimmen aus der deutschen Politik, die fordern – wie es Norwegen in Zukunft praktizieren will – männliche Geflüchtete zurückzuschicken, denn schließlich brauche das Land Soldaten. Wir sind tief enttäuscht, dass das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung so mit Füßen getreten wird. Der Umgang mit ihnen ist nur ein Beispiel, wie in Deutschland Geflüchtete mit ihren Anliegen behandelt werden. Wir wollen deshalb aus Anlass des Internationalen Tages für Menschenrechte vor

dem Bundesamt für Migration unsere Stimme erheben.

### **Lasst uns lautstark und sichtbar gegen Krieg und Abwehr von Geflüchteten demonstrieren: Krieg bedeutet Tod und Zerstörung**

Aktuell werden in den verschiedensten Ländern Kriege geführt, mit Zigtausenden von Toten, ungezählten oft schwer Verletzten, weitreichenden Zerstörungen und damit einhergehend transnationalen Fluchten. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat vor mehr als zweieinhalb

Jahren begonnen. Nach dem brutalen Überfall der Hamas und der militärischen Eskalation der israelischen Regierung ist die gesamte Region zum Schlachtfeld geworden. Die Türkei setzt immer wieder Militär in den benachbarten Staaten in den kurdischen Gebieten ein. Im Sudan, Jemen und

Myanmar herrschen Kriege, die den genannten Kriegen in Bezug auf Zahlen der Opfer und Grausamkeit um nichts nachstehen, die nur weniger öffentliche Beachtung finden. All diese Kriege treiben ungezählte Menschen auf die Flucht, einen Teil auch nach Europa und Deutschland.

### **Die Antwort der Regierungen**

Die Antwort der deutschen und europäischen Regierungen: Sie überbieten sich mit Vorschlägen bei der **Abwehr von Geflüchteten**. Und sie **treiben die Militarisierung** voran. Die Festung Europa wird militärisch gesichert. Asylsuchende werden auf Lager außerhalb der Europäischen Union verwiesen und damit der Zugang zu Asylverfahren faktisch gestoppt. An vielen Außengrenzen der EU werden widerrechtlich Geflüchtete über Pushbacks zurückgewiesen. Grenzkontrollen werden auch innerhalb der EU wieder eingeführt. Verteidigungsminister Boris Pistorius hat im Juni 2024 eine größere „Kriegstüchtigkeit“ beschworen und ein Konzept für eine „neue Wehrpflicht“ vorgestellt. Weltweite Waffenexporte, auch in bewaffnete Konflikte, nehmen zu. Die Rüstungsproduktion wird angekurbelt.

### **Kriegsgegner\*innen unterstützen**

**In all den Ländern, die sich im Krieg befinden, gibt es aber auch Menschen, die sich dem Krieg verweigern, die sich aktiv für Frieden einsetzen, die dort Widerstand gegen Militarisierung und Krieg leisten.** Soldat\*innen an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen. Sie

wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in einem Krieg sterben. Ihnen allen drohen dafür Repression und Gefängnisstrafen.

Ihnen gilt unsere Unterstützung! Wir sehen die Kriegsdienstverweigerung als einen wichtigen Baustein, um Krieg, Tod und Zerstörung zu überwinden. Wir fordern die uneingeschränkte Einhaltung des Recht auf Kriegsdienstverweigerung, gerade in einem Krieg. **Wir fordern Schutz und Asyl für all**

**Kriegsflüchtlinge, verfolgte Kriegsdienstverweiger\*innen und Kriegsgegner\*innen.**

### **Stoppt Militarisierung und Wehrpflicht**

Die Pläne des Verteidigungsministeriums zur verstärkten Rekrutierung neuer Soldat\*innen zielen in einem ersten Schritt darauf, durch einen Fragebogen mehr Informationen über alle jungen Männer und möglichst viele Frauen durch die Militärbehörden systematisch zu erfassen. Auch wenn damit nach Aussage des Ministeriums noch keine Dienstverpflichtung verbunden ist, machte Boris Pistorius deutlich, dass perspektivisch Zwangsverpflichtungen möglich sein sollen, wenn die gewünschten Zahlen nicht erreicht werden. Andere fordern gar eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen.

Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Form der Wehrpflicht und die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Es würde einer Militarisierung Vorschub leisten. Stattdessen brauchen wir eine Stärkung des vorhandenen sozialen Engagements und eine stärkere Unterstützung von Ansätzen

und Maßnahmen, die sich gegen Spaltung und Ausgrenzung in der Gesellschaft wenden.

**Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht – Offene Grenzen für Kriegsflüchtlinge – Aufnahme und Bleiberecht für verfolgte Kriegsgegner\*innen**

### **Warum in Nürnberg?**

Nürnberg wurde vereinnahmt als Stadt der Reichsparteitage und der "Rassengesetze". Heute möchte die Stadt ein Zeichen gegen Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz setzen – unter anderem mit der Straße der Menschenrechte und dem seit 1995 jährlich vergebenen Internationalen

Menschenrechtspreis. Und dennoch gehen von Nürnberg auch heute noch Tod und Zurückweisung von Kriegsflüchtlingen aus. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit seinem Hauptsitz in Nürnberg verwehrt Kriegsdienstverweiger\*innen in aller Regel Asyl. Nürnberg ist auch der Firmensitz von Diehl, einer der größten Rüstungsproduzenten in Deutschland. Bis heute gilt dort die Devise: Wer zahlt, bekommt Waffen. Dem entsprechend gehören Lieferungen an beide Seiten eines Konfliktes zum Alltagsgeschäft wie z.B. im Nahen Osten. Mit seinen Zündern bringt Diehl weltweit millionenfach den Tod.

### **Der Aufruf wird unterstützt von:**

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Bund für Soziale Verteidigung (BSV)

Connection e.V.

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen (DFG-VK)

DFG-VK Bayern

Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)

Frauennetzwerk für Frieden e. V.

Friedensmuseum Nürnberg

graswurzelrevolution

Internationale der Kriegsdienstgegner\*innen (IDK)

KURVE Wustrow e.V.

Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.

pax christi, Deutschland

pax christi Rottenburg-Stuttgart

Regionalgruppe Nordschwaben der DFG-VK

Initiative Solidarität für/mit Pazifist\*innen

#### **4. IMI-Kongress 2024**

##### **Zeitenwende in Bildung und Hochschule**

**15. bis 17. November 2024 (Tübingen)**

Fast unmittelbar nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine verkündete der deutsche Bundeskanzler Scholz die „Zeitenwende“; seit dem versucht die Politik, die Gesellschaft „kriegstüchtig“ zu machen. Während im Parlament hierzu große Mehrheiten bestehen, das Sondervermögen samt Grundgesetzänderung ungehindert verabschiedet werden konnte, ist bei

weiteren Initiativen zur „Kriegstüchtigkeit“ mit größeren Widerständen zu rechnen – auch weil die Gesellschaft als Ganzes oder in einzelnen Bereichen mitspielen muss.

Besondere Umbrüche stehen u.a. im Bereich Bildung und Wissenschaft bevor. So bestehen verschiedene Initiativen, sog. „Zivilklauseln“ abzuschaffen oder gar zu verbieten und die Hochschulen enger mit Rüstung und Militär zu verzahnen. Hiergegen regt sich Widerstand. Auch Schulen sollen künftig ihren Beitrag zur Wehrfähigkeit leisten und der Bundeswehr als Rekrutierungspool dienen. Mittelfristig wird sich die Frage stellen, was für Folgen die aktuell in der Außenpolitik vertretene Maxime – Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung – für das (Selbst-)Verständnis von Schulen, Lehrkräften und der Pädagogik im Allgemeinen bedeuten werden. Zum Ende des Kongresses wollen wir Wege aus der Eskalationsspirale ausloten und auch der Frage nachgehen, welchen Antworten die aktuell insbesondere von jungen Menschen getragene Bewegungen bieten.

## **PROGRAMM**

**FREITAG, 15.11.2024:** Gesellige Auftaktveranstaltung in der Schellingstraße 6, ab 19.00 Uhr

**SAMSTAG, 16.11.2024:** Zeitenwende in Bildung und Hochschulen

12:00 Begrüßung

12:15-12:45 Hintergrund: Militarisierung bis in die Kapillaren – Elemente der Zeitenwende (Tobias Pflüger) – Der herrschende Diskurs (Christoph Marischka)

12:50-14:15 Gewalt, Politik und Jugend

– Binäre Konstruktionen von Freund und Feind (Barbara Stauber) – Rekrutierung in den Social Media: Stärke und Männlichkeit als neue Werte? (Jacqueline Andres)

Video: Wehrkundeunterricht: Ein Blick nach Lettland

14:15-14:45 Pause

14:45-16:15 Schulen als Rekrutierungspool – Jugendoffiziere und Karriereberater\*innen an Schulen: Die Perspektive der Rekrutierten (Jonny Fischer) – Wehrpflicht: Debatte und praktische Herausforderungen (N.N.) – Wehrpflicht: Was bedeutet das für Kita und Schulen (N.N.)

16:15-16:45 Pause

16:45-18:45 Kämpfe um Wissenschaft und Zivilklauseln (Panel) – Das Bayerische Bundeswehr-Gesetz (Mark Ellmann) – Ideologische Aufrüstung am Beispiel der Universität Tübingen (Sophie Voigtmann und Matthias Rude) – Die Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ (Senta Pineau)

18:45-19:30 Pause

19:30-21:00 Interventionen aus Forschung und Wissenschaft – Kritische Forschung zu Autonomen Waffensystemen (Jens Hälterlein) – Teilchenbeschleuniger – Forschung mit zivilen und friedlichen Zielen?

(Hannes Jung)

– Naturwissenschaftliche Positionen zu Rüstungsforschung (Manuel Kreutle)

SONNTAG, 17.11.2024: Gegenentwürfe zu Gewalt und (mentaler) Aufrüstung

10:00-11:30 Wege aus der Eskalationsspirale – Perspektiven zur Beendigung des Ukraine-Krieges (Jürgen Wagner) – Rüstungskontrolle: Zurück zur Kooperation auch unter Gegnern (Marius Pletsch)

11:30-11:45 Pause

11:45-12:45 Gesellschaftliche Polarisierung und Repression überwinden (Claudia Haydt)

13:00:-14:30 Abschlusspodium: Junge Bewegungen gegen Krieg und Militarisierung

#### **Unterstützende Gruppen:**

Der Kongress wird unterstützt von Attac Tübingen/Reutlingen, DFG-VK Tübingen, Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg

#### **Ort:**

Der Kongress wird im zentral gelegenen Schlatterhaus, Österbergstrasse 2, in Tübingen stattfinden. Die Räume sind leider nicht barrierefrei.

Wer Unterstützung (z.B. Mobilitätseinschränkungen) braucht, kann sich gerne bei uns melden.

#### **Live-Übertragung:**

Das freie Radio Wüste Welle (<https://www.wueste-welle.de/>) wird den Kongress am Samstag von 12h bis 21h live im Radio und damit auch per Livestream übertragen (nur Audio). Wir bemühen uns, auch für den Sonntag einen Audio-Livestream bereitzustellen.

#### **Organisatorisches:**

Für Verpflegung in den Pausen wird gesorgt. Eine Kongressgebühr wird nicht erhoben, über Spenden zur Finanzierung des Kongresses freuen wir uns natürlich. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Teilnahme an einzelnen Vorträgen und Veranstaltungen ist selbstverständlich möglich.

Es stehen dieses Jahr leider nur sehr begrenzt Flächen für Infostände etc. bereit.

#### **Mehr Infos – Aktuelle Hinweise:**

<https://www.imi-online.de/2024/09/06/imi-kongress-2024-zeitenwende-in-bildung-und-hochschulen/>

## 5. Petition

### **Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!**

Liebe Unterstützende,

leider ist das Anliegen der Petition auch nach vielen Monaten noch aktuell und akuter denn je. Damit die Petition noch mehr Aufmerksamkeit gewinnt, haben wir in Kollaboration mit einigen Hilfsorganisationen einen Post zur Petition auf Instagram und Facebook veröffentlicht - gerne teilen und weiter verbreiten:

+++ Instagram: [www.instagram.com/p/DB--rg2MTLD/?img\\_index=1](https://www.instagram.com/p/DB--rg2MTLD/?img_index=1)

+++ Facebook:

[www.facebook.com/openPetition/posts/pfbid032ZswyJp5nKR8qsrR7gMD4CFVxccfNmrnzziywmC5TpngUJ99zes5XM1PCKoFaUmPil](https://www.facebook.com/openPetition/posts/pfbid032ZswyJp5nKR8qsrR7gMD4CFVxccfNmrnzziywmC5TpngUJ99zes5XM1PCKoFaUmPil)

Vor allem geteilte Beiträge erreichen mehr Menschen und sorgen dafür, dass die Petition noch mehr Menschen erreicht und gemeinsam mehr Druck aufgebaut wird.

Wer nicht in den Sozialen Netzwerken aktiv ist, kann Freunde, Bekannte und Familie per Whatsapp oder E-Mail auf die Petition hinweisen:

+++ Kurzlink zur Petition: [www.openpetition.de/friedeningaza](https://www.openpetition.de/friedeningaza)

Vielen Dank für Ihr Engagement!

Ihr openPetition-Team

**Kontakt**

**pax christi – Deutsche Sektion e.V.**

Tel. 030.200 76 78-0

[sekretariat@paxchristi.de](mailto:sekretariat@paxchristi.de)

[www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)

### **Spenden unterstützen pax christi**

pax christi-Spendenkonto:

Pax Bank

IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10

BIC GENODED1PAX